IMT Nuremberg Archives

H – 2769

International Court of Justice

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
Office of The General Secretary

MEMORANDUM

TO_____

Goering

DANIEL P. SULLIVAN,
Captain, Infantry.

_____
(Date)

H2769 - 0002

2723

H2769 - 0003

Dr. Otto S t a h m e r
Rechtsanwalt

Nuernberg, 4. Oktober 1946

An den

Kontrollrat fuer Deutschland

ueber den

Generalsekretaer des Internationalen
Militaergerichtshof zu Nuernberg

In der Strafsache gegen G o e r i n g und andere hat mich zwar der Angeklagte Goering angewiesen, von der Einreichung eines Gesuches auf Abaenderung oder Milderung des gegen ihn ergangenen Urteils Abstand zu nehmen.

Trotz dieser Anweisung halte ich es als Verteidiger des Angeklagten fuer meine Pflicht, ein solches Gesuch dem Kontrollrat fuer Deutschland zu unterbreiten mit der Bitte:

Der Kontrollrat moege gemaess Par. 29 Abs. 1 des Statutes die im Urteil ausgesprochene Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe umwandeln.

Falls eine solche Milderung des Urteils abgelehnt werden sollte, bitte ich:

Der Kontrollrat moege die im Urteil angeordnete Vollstreckung der Todesstrafe dahin abaendern, dass diese Vollstreckung nicht durch den Strang, sondern durch Erschiessen erfolgen soll.

Zur Begruendung dieser Bitte trage ich vor:

1) Der Angeklagte Goering war im ersten Weltkriege ein tapferer Offizier, der bei dem Feinde wegen seiner Ritterlichkeit im hohen Ansehen stand.

2) Die gegen den Angeklagten Goering erhobenen Vorwuerfe der Teilnahme an der Planung, Entfesselung und Fuehrung von Angriffskriegen liegen auf politischem und militaerischem Gebiet.

Sofern diese Handlungen sich als Verbrechen

H2769 - 0004

darstellen sollten, handelt es sich demnach ausschliesslich um politische Straftaten.

Zu Gunsten des Angeklagten waere ueberdies zu beruecksichtigen, dass er sich vor dem Ausbruch des Krieges ernstlich um die Erhaltung des Friedens bemueht hat. Die Annahme, dass die Bemuehung des Angeklagten nur darauf gerichtet war, England daran zu hindern, die Polen gegebene Garantie zu erfuellen, ist nach dem Verhalten des Angeklagten bei seinen Verhandlungen mit dem Zeugen Dahlerus nicht gerechtfertigt.

In dem Urteil ist unberuecksichtigt gelassen die Bekundung mehrerer nicht interessierter Zeugen, die einwandfrei bestaetigt haben, dass Goering zu allen Zeiten und bei jeder Gelegenheit fuer die Erhaltung des Friedens eingetreten ist und ein Gegner des Krieges war. Die ausreichende Beruecksichtigung dieser Tatsachen haette zu einer milderen Beurteilung fuehren koennen.

Bei dieser Sachlage kann nicht aufrecht erhalten werden die Feststellung des Urteils, dass Goering die Kriegsplaene geschmiedet hat und die treibende Kraft hinsichtlich der militaerischen und diplomatischen Kriegsvorbereitungen Deutschlands war.

3) Es ist nicht erwiesen, dass der Angeklagte Goering an den begangenen Greueltaten unmittelbar beteiligt war oder solche Greueltaten angeordnet hat.

Wenn er auch die wirtschaftlichen Massnahmen gegen die Juden auf Befehl Hitlers veranlasst hat, so steht er doch in keiner Beziehung zu der Durchfuehrung der biologischen Vernichtung der Juden. Dass er von der durch Himmler betriebenen Ausrottung der Juden auch nur Kenntnis hatte, ist nicht bewiesen und bei der Geheimhaltung, mit der diese

H2769 - 0005

Verbrechen ausgefuehrt wurden, nicht ohne weiteren Anhalt zu unterstellen.

Die Urkunde vom 31. Juli 1945 (710 P.S. - US.Exhibit 509) ist in dem Urteil zu Ungunsten des Angeklagten unrichtig ausgelegt.

Es handelt sich zunaechst nicht - wie das Urteil annimmt - um eine Verordnung, sondern nur um einen Auftrag an Heydrich, und nicht - wie in dem Urteil irrtuemlich angegeben ist (S. 182) - auch an Himmler. Der Auftrag nimmt Bezug auf einen Erlass Hitlers an Heydrich vom 24. Januar 1939 ueber die Auswanderung oder Evakuierung der Juden aus Deutschland. Dieser Auftrag enthaelt lediglich die Aufforderung, einen Plan vorzulegen ueber die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmassnahmen, unter denen die gemaess dem Befehl Hitlers nach dem Osten vorzunehmende Evakuierung der Juden erfolgen sollte. Es handelte sich demnach nur um eine raeumliche Erweiterung des im Januar 1939 - also bereits vor dem Kriege - ergangenen Fuehrererlasses auf die inzwischen unter deutschen Einfluss gekommenen Gebiete (Elsass-Lothringen, Warthegau, Danzig, das Protektorat Boehmen-Maehren, die Deutschland angeschlossenen polnischen Gebiete und die Baltenlaender).

Allein die Tatsache, dass lediglich auf den Erlass vom Januar 1939 Bezug genommen ist und zu dieser Zeit eine Ausrottung der Juden noch von keiner Seite auch nur erwogen worden ist, beweist, dass dieser Brief in keinem Zusammenhange zu der biologischen Vernichtung der Juden stehen kann und der Angeklagte jedenfalls an eine solche weder gedacht, noch sie gewollt hat.

H2769 - 0006

Wenn es sich um eine Vernichtungsmassnahme gehandelt haette, waere die in dem Schreiben vorgesehene Beteiligung anderer Instanzen nicht erforderlich gewesen und ueberdies sicherlich unterblieben, um die alsdann zu wahrende strengste Geheimhaltung nicht zu gefaehrden. Der Angeklagte war lediglich in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Vierjahresplanes an den wirtschaftlichen Folgerungen interessiert, die sich aus der Auswanderung bezw. Evakuierung ergaben.

Aus dem Gebrauch des Wortes "Endloesung" kann nicht entnommen werden, dass der Angeklagte damit einen Entwurf ueber Massnahmen zur Vernichtung der Juden forderte, weil - wie in dem Prozess durch Zeugen bestaetigt ist - das Wort "Endloesung" zur Bezeichnung der Vernichtung erst seit Mitte 1942 im engsten Kreis Himmlers verwendet wurde, waehrend vor diesem Zeitpunkte unter diesem Begriff die Aussiedlung der Juden verstanden wurde.

Beachtlich ist endlich, dass der Auftrag niemals zur Ausfuehrung gekommen und niemals ein entsprechender Entwurf vorgelegt ist.

Ich bitte um Ueberpruefung, ob die vorstehenden Erwaegungen zu der erbetenen Milderung des Urteils oder Abaenderung der Vollstreckungsart Anlass geben koennen.

Fuer den Angeklagten Goering

Der Verteidiger:

Dr. Otto Stahmer

(Dr. Otto Stahmer)

H2769 - 0007

Dr. Otto Stahmer
Attorney-at-Law

Nuremberg, October 4, 1946.

To the Control Council for Germany

through

the Secretary-General of the
International Military Triounal

at Nuremberg.

In respect of the case against Goering et al. the defendant Goering has instructed me to refr in from submitting a plea for amendment or mitigation of the sentence pronounced upon him.

Despite these instructions I consider it my duty as the defendant's counsel to submit such a plea to the Control Council for Germany with the request that

The Control Council under Article 29 para 1 of the Charter may be pleased to amend the death penalty proclaimed in the judgment to one of imprisonment.

Should such reduction of the sentence be refused, I submit the request that the Control Council may be pleased to alter the mode of execution from hanging as ordered in the Judgment to shooting.

As reasons for this request I submit the following arguments:

1) The defendant Goering was a brave officer in the First World War, who was highly respected by the enemy on account of his chivalry.

2) The accusations against the defendant Goering of having participated in the planning, launching and waging of aggressive war are of a political and military nature.

In so far as these actions should prove to be crimes, they are therefore exclusively political offences.

Moreover, in favour of the defendant it should be taken into consideration that before the outbreak of war he made serious efforts to maintain peace. The assumption that the defendant's efforts were directed entirely towards preventing England from fulfilling her guarantee to Poland is unjustified, as shown by his attitude during his negotiations with the witness Dahlerus.

H2769 - 0008

The Judgment leaves out of consideration the evidence given by several impartial witnesses who confirmed beyond any doubt that Goering at all times and at every opportunity supported the maintenance of peace and was opposed to war. If sufficient consideration had been given to these facts, he might have been judged more mildly.

This being the situation, the statement in the Judgment that Goering forged the plans for war and was the driving force in respect of Germany's military and diplomatic preparations for war cannot be sustained.

3) It is not proved that the defendant Goering was directly concerned in the atrocities which were committed or that he ordered the perpetration of such atrocities.

Even though he initiated the economic measures against the Jews on Hitler's orders, he had no connection with the carrying out of the biological extermination of the Jews. It is not proved that he even knew of the extermination of the Jews carried out by Himmler, and, considering the secrecy under which these crimes were committed, such knowledge cannot be assumed without further proof.

The document of July 31, 1945 (710 PS - US Exhibit 509) is wrongly interpreted in the judgment to the detriment of the defendant.

In the first place it is not a decree, as the Judgment assumes, but only an instruction given to Heydrich, and not - as is erroneously stated in the Judgment (p. 182) - also to Himmler. The instruction refers to an order given by Hitler to Heydrich, dated January 24, 1939 concerning the emigration or evacuation of the Jews from Germany. This instruction merely contains a request that a plan should be submitted dealing with preliminary measures of an organisational, factual and material nature, according to which the evacuation of Jews to the East as ordered by Hitler should take place. Accordingly, this was only a territorial expansion of Hitler's decree issued in January 1939 - i.e. before the outbreak of war - in respect of the territories which had

H2769 -0009

meanwhile come under German influence (Alsace-Lorraine, Warthegau, Danzig, the Protectorate Bohemia-Moravia, the Polish territories annexed to Germany and the Baltic territories.)

The fact that reference is only made to the Decree of January 1939 and that at that time the extermination of the Jews had not even been contemplated by anybody, is alone sufficient to prove that the letter in question can have no connection with the biological extermination of the Jews and that the defendant in any case neither contemplated nor desired such extermination.

If it had been a question of an extermination measure, the participation of other authorities envisaged in the letter would not have been necessary, and would moreover certainly have been avoided in the interest of the very strict secrecy which would then have been enjoined. The defendant, in his capacity as Plenipotentiary for the Four-Year Plan, was solely interested in the economic consequences arising out of the emigration or evacuation.

It cannot be deduced from the use of the word "Final Solution" that the defendant was therewith demanding draft measures for the extermination of the Jews, because - as was confirmed by witnesses during the trial - the term "Final Solution" was only used after the middle of the year 1942 by the circle in closest touch with Himmler, whereas before that date the term was understood to mean the expulsion of the Jews.

It should be noted, finally, that the instruction was never carried out; a corresponding draft was never submitted.

I beg that the above arguments be considered with a view to ascertaining whether they may afford cause for the mitigation of sentence or amendment of its mode of fulfilment as requested.

For the defendant Goering

Defending Counsel

(sgd.) Dr. Otto Stahmer .

H2769 – 0010

I, Marguerite Wolff, Civ. 17278, hereby certify that I am thoroughly conversant with the English and German languages and that the above is a true and correct translation of the original document.

Marguerite Wolff

Civ. 17278.

H2769 - 0011

Dr. Otto Stahmer
Attorney-at-Law

Nuremberg, October 4, 1946.

To the Control Council for Germany

through

the Secretary-General of the
International Military Tribunal

at Nuremberg.

In respect of the case against Goering et al. the defendant Goering has instructed me to refrain from submitting a plea for amendment or mitigation of the sentence pronounced upon him.

Despite these instructions I consider it my duty as the defendant's counsel to submit such a plea to the Control Council for Germany with the request that

The Control Council under Article 29 para 1 of the Charter may be pleased to amend the death penalty proclaimed in the judgment to one of imprisonment.

Should such reduction of the sentence be refused, I submit the request that the Control Council may be pleased to alter the mode of execution from hanging as ordered in the Judgment to shooting.

As reasons for this request I submit the following arguments:

1) The defendant Goering was a brave officer in the First World War, who was highly respected by the enemy on account of his chivalry.

2) The accusations against the defendant Goering of having participated in the planning, launching and waging of aggressive war are of a political and military nature.

In so far as these actions should prove to be crimes, they are therefore exclusively political offences.

Moreover, in favour of the defendant it should be taken into consideration that before the outbreak of war he made serious efforts to maintain peace. The assumption that the defendant's efforts were directed entirely towards preventing England from fulfilling her guarantee to Poland is unjustified, as shown by his attitude during his negotiations with the witness Dahlerus.

H2769 - 0012

The Judgment leaves out of consideration the evidence given by several impartial witnesses who confirmed beyond any doubt that Goering at all times and at every opportunity supported the maintenance of peace and was opposed to war. If sufficient consideration had been given to these facts, he might have been judged more mildly.

This being the situation, the statement in the Judgment that Goering forged the plans for war and was the driving force in respect of Germany's military and diplomatic preparations for war cannot be sustained.

3) It is not proved that the defendant Goering was directly concerned in the atrocities which were committed or that he ordered the perpetration of such atrocities.

Even though he initiated the economic measures against the Jews on Hitler's orders, he had no connection with the carrying out of the biological extermination of the Jews. It is not proved that he even knew of the extermination of the Jews carried out by Himmler, and, considering the secrecy under which these crimes were committed, such knowledge cannot be assumed without further proof.

The document of July 31, 1945 (710 PS - US Exhibit 509) is wrongly interpreted in the judgment to the detriment of the defendant.

In the first place it is not a decree, as the Judgment assumes, but only an instruction given to Heydrich, and not - as is erroneously stated in the Judgment (p. 182) - also to Himmler. The instruction refers to an order given by Hitler to Heydrich, dated January 24, 1939 concerning the emigration or evacuation of the Jews from Germany. This instruction merely contains a request that a plan should be submitted, dealing with preliminary measures of an organisational, factual and material nature, according to which the evacuation of Jews to the East as ordered by Hitler should take place. Accordingly, this was only a territorial expansion of Hitler's decree issued in January 1939 - i.e. before the outbreak of war - in respect of the territories which had

H2769 - 0013

meanwhile come under German influence (Alsace-Lorraine, Warthegau, Danzig, the Protectorate Bohemia-Moravia, the Polish territories annexed to Germany and the Baltic territories.)

The fact that reference is only made to the Decree of January 1939 and that at that time the extermination of the Jews had not even been contemplated by anybody, is alone sufficient to prove that the letter in question can have no connection with the biological extermination of the Jews and that the defendant in any case neither contemplated nor desired such extermination.

If it had been a question of an extermination measure, the participation of other authorities envisaged in the letter would not have been necessary, and would moreover certainly have been avoided in the interest of the very strict secrecy which would then have been enjoined. The defendant, in his capacity as Plenipotentiary for the Four-Year Plan, was solely interested in the economic consequences arising out of the emigration or evacuation.

It cannot be deduced from the use of the word "Final Solution" that the defendant was therewith demanding draft measures for the extermination of the Jews, because - as was confirmed by witnesses during the trial - the term "Final Solution" was only used after the middle of the year 1942 by the circle in closest touch with Himmler, whereas before that date the term was understood to mean the expulsion of the Jews.

It should be noted, finally, that the instruction was never carried out; a corresponding draft was never submitted.

I beg that the above arguments be considered with a view to ascertaining whether they may afford cause for the mitigation of sentence or amendment of its mode of fulfilment as requested.

For the defendant Goering

Defending Counsel

(sgd.) Dr. Otto Stahmer

H2769 - 0014

I, Marguerite Wolff, Civ. 17278, hereby certify that I am thoroughly conversant with the English and German languages and that the above is a true and correct translation of the original document.

Marguerite Wolff

Civ. 17278.

H2769 - 0015

Hermann GOERING

Dr. Otto STAHMER,
Avocat.

Nuremberg, le 4 octobre 1946.

Au

Comité de Contrôle pour l'Allemagne,

sous couvert

du Secrétaire Général du Tribunal

Militaire International de Nuremberg.

Dans l'affaire contre GOERING et tous autres, l'accusé GOERING m'a demandé, de m'abstenir d'adresser une requête en vue de la commutation ou de l'atténuation de la sentence prononcée contre lui.

Malgré cette demande, je considère qu'il est de mon devoir de défenseur de l'accusé d'adresser cette requête au Comité de Contrôle pour l'Allemagne en lui demandant de tranformer la peine de mort prononcée contre GOERING en une peine privative de liberté, selon le par. 29 chap.1 du Statut.

Au cas où cette atténuation de la sentence serait refusée, je demande:

que le Comité de Contrôle modifie la peine de mort par pendaison et que l'accusé soit fusillé.

A l'appui de ma demande, j'expose ce qui suit :

1) L'accusé GOERING fut, pendant la 1ère guerre Mondiale un officier courageux qui avait toute la considération de l'adversaire à cause de son caractère chevaleresque.

H2769 - 0016

2) L'accusation d'avoir participé à la préparation, au déclenchement et à la conduite de guerres d'agression est du domaine politique et militaire.

Dans la mesure où ces actes pourraient être repré-

H2769 - 0017

sentés comme des crimes, il s'agit donc exclusivement de délits politiques.

En faveur de l'accusé, il faudrait en outre considérer qu'avant le déclenchement de la guerre il s'est sérieusement efforcé de maintenir la paix. L'attitude de l'accusé au cours de ses négociations avec le témoin DAHLERUS ne permet pas d'admettre que les efforts de l'accusé ne tendaient qu'à empêcher l'Angleterre de remplir les garanties données à la Pologne.

Dans le jugement on n'a pas tenu compte de la déclaration de plusieurs témoins qui ont certifié de façon irréfutable que GOERING, de tout temps et en toutes circonstances, s'est efforcé de maintenir la paix et a été un adversaire de la guerre. Si l'on avait suffisamment tenu compte de ces faits, on aurait pu être amené à porter un jugement plus doux.

Dans ces conjonctures, on ne peut maintenir l'affirmation du jugement que GOERING a forgé des plans guerriers et a été la force agissante du point de vue militaire et diplomatique dans la préparation de la guerre en Allemagne.

3) Il n'a pas été prouvé que l'accusé GOERING ait participé directement aux cruautés commises ou qu'il ait ordonné ces cruautés.

Quoiqu'il ait provoqué les mesures économiques contre les Juifs, sur l'ordre de HITLER, il n'est pour rien

H2769 - 0018

dans l'exécution de l'anéantissement biologique des Juifs. Il n'a pas été prouvé qu'il ait seulement eu connaissance de l'extermination des Juifs provoquée par HIMMLER et, étant donné le caractère secret qui entoure ces crimes, on ne peut l'admettre sans autre preuve.

-2 suite et fin-

H2769 – 0019

Le document du 31 juillet 1945 (710 PS- Us. Exhibit 509) est, dans le jugement, imputé à tort à l'accusé.

D'abord, il ne s'agit pas (comme le jugement l'admet) d'une ordonnance, mais simplement d'un ordre adressé à HEYDRICH et non pas (comme il est dit, par erreur, dans le jugement) adressé aussi à HIMMLER. L'ordre se réfère à un décret de HITLER adressé à HEYDRICH le 24 janvier 1939 au sujet de l'émigration des Juifs et de leur évacuation hors de l'Allemagne. Dans cet ordre, il demande simplement d'exposer un plan prévoyant les mesures d'organisation matérielle précises qui devaient présider, conformément à l'ordre de HITLER, à l'évacuation -des Juifs vers l'Est- Il ne s'agissait donc que d'étendre, dans l'espace, le décret du Führer publié en janvier 1939 (immédiatement avant la guerre) aux territoires qui étaient tombés, sur ces entrefaites, sous l'influence allemande (Alsace-Lorraine, Dantzig, Protectorat de Bohême-Moravie, les territoires polonais et baltes annexés à l'Allemagne.)

Le seul fait qu'on ne se réfère qu'au décret de janvier 1939 et qu'à cette époque une extermination des Juifs n'avait été encore envisagée par personne, prouve que cette lettre ne peut avoir aucun rapport avec l'anéantissement biologique des Juifs et que l'accusé, en tout cas, n'a pas pensé à cet anéantissement et ne l'a pas voulu.

H2769 -0020

Hermann GOERING

S'il s'était agi d'une mesure d'anéantissement, la participation, prévue dans la lettre, d'autres services, n'aurait pas été nécessaire; en outre, on l'aurait certainement repoussée pour ne pas trahir le secret qui devait être gardé le plus sévèrement possible. L'accusé était, en sa seule qualité de chargé du plan de quatre ans, intéressé aux conséquences économiques de l'émigration ou de l'évacuation.

L'emploi du mot "endloesung" ne permet pas de conclure que l'accusé demandait un projet portant sur l'anéantissement des Juifs : en effet (cela a été confirmé par des témoins au cours du procès) le mot "Endloesung" n'a été employé qu'à partir du milieu de l'année 42, dans l'entourage intime de HITLER, dans le sens d'anéantissement. Avant cette époque, on entendait par là l'émigration des Juifs.

Il faut enfin tenir compte du fait que jamais l'ordre n'a reçu un commencement d'exécution et que jamais un projet n'a été présenté.

Je demande que l'on examine si les faits mentionnés ci-dessus, peuvent donner lieu à l'adoucissement du jugement demandé ou au changement du mode d'exécution.

Pour l'accusé GOERING,
L'Avocat, Signature Illisible
Dr. Otto STAHLER.

Je Soussigné, Pierre LHERMITTE, certifie connaître

H2769 - 0021

parfaitement la langue allemande et la langue française et atteste que le texte ci-dessus est la traduction sincère et correcte de ce document.

Le 6 octobre 1946,

Le chef de la Section VI

Pierre LHERMITTE.

H2769 – 0022

Др. Отто Ш т а м м е р
Адвокат

Нюрнберг, 4 октября 1946

Контрольному Совету для Германии

через

Генерального Секретаря Международного
Военного Трибунала в Нюрнберге.

По делу против Г е р и н г а и других.

Подсудимый Геринг дал мне инструкции отказаться от представления ходатайства об изменении или смягчении приговора, который был вынесен против него.

Несмотря на это, я как защитник подсудимого считаю моим долгом, подать такое ходатайство Контрольному Совету для Германии с просьбой:

Чтобы Контрольный Совет заменил, согласно статье 29, парагр.1 Устава, смертный приговор наказанием лишения свободы.

В случае, если подобное смягчение приговора будет отклонено, я прошу:

чтобы Контрольный Совет заменил выполнение смертного приговора путем повешения, расстрелом.

Для обоснования этой просьбы я докладываю:

1. Подсудимый Геринг был в первой мировой войне храбрым офицером, пользуясь даже у противника вследствие своего рыцарского поведения хорошей репутацией.
2. Выдвинутые против подсудимого Геринга обвинения об участии в планировании, развязывании и ведении агрессивных войн касаются области политической и военной.

Следовательно поскольку эти действия представляют из себя преступление, они являются преступлениями исключительно политического характера.

Кроме того надо отметить в пользу подсудимого, что до начала войны он серьезно старался о поддержании мира. Предположение, что старание подсудимого было только направлено на то,

H2769 - 0023

чтобы сделать невозможным для Англии выполнение гарантии данной Польше, опровергнулось поведением подсудимого в переговорах с свидетелем Далерус'ом.

В приговоре не приняты во внимание показания нескольких незаинтересованных свидетелей, которые неоспоримо подтвердили, что Геринг во всякое время и при каждой возможности выступал за сохранение мира и был противником войны. Всестороннее рассмотрение этих фактов могло бы привести к более мягкому решению суда.

При таком положении дела, установление приговора, что Геринг приготовил планы войны и что он был главной действующей силой в военных и дипломатических подготовках Германии к войне, не может быть поддержано.

3. Не доказано, что подсудимый Геринг принимал непосредственно участие в совершенных злодеяниях или что он такие приказывал.

Если же он и побудил по приказу Гитлера принятие экономических мер против евреев, то он все же не имеет никакого отношения к проведению их биологического уничтожения. Не доказано, что он имел какие-либо сведения о проводимом Гиммлером истреблении евреев и при всей тайне, с которой совершались эти преступления нельзя этого утверждать в виду отсутствия каких либо других доказательств.

Документ /7 10 ПС- США 509/ от 31 июля 1945 г. неправильно истолкован в приговоре в ущерб подсудимого.

Это не был - как это предполагает приговор - приказ, а просто поручение Гейдриху, и не как ошибочно в приказе сказано /стр.182/ - также и Гиммлеру.Это поручение относится к одному приказу Гитлера от 24 января 1939 г., данного Гейдриху, об эмиграции или эвакуации евреев из Германии. Это поручение содержит лишь требование пред'явить план об организаторских, существенных и материальных предварительных мерах, по средству которых по при-

H2769 - 0024

казу Гитлера должна была проводиться эвакуация евреев на восток. Таким образом речь идет лишь о территориальном расширении упомянутом в приказе Гитлера от января 1939 г. - т.е. еще до войны - касающееся территорий, подпавших между тем под влияние Германии, как: Эльзас-Лотарингия, Вартегау, Данциг, Протекторат Богемия-Моравия, польские области присоединенные Германией и прибалтийские страны.

Один тот факт, что это письмо только ссылается на приказ от января 1939 и что в то время истребление евреев ни с какой стороны даже не было рассмотрено, доказывает, что оно не может иметь какой-либо связи с биологическим уничтожением евреев и что во всяком случае подсудимый о таком не думал и его не желал.

Если бы дело шло о мерах уничтожения, соучастие других инстанций, предусмотренное в письме, не оказалось бы нужным и кроме того не имело бы вообще место, в виду того, чтобы не угрожать в таком случае необходимостью строжайше сохранение в тайне. В качестве уполномоченного четырехлетки подсудимый был только заинтересован экономическими последствиями, истекающими из эмиграции или эвакуации.

Из употребления слова "окончательное разрешение" /Endloesung/ нельзя сделать вывод, что подсудимый этим требовал проэкта о мерах уничтожения евреев, так как - как это было подтверждено свидетелями на процессе - выражение "окончательное разрешение" для обозначения уничтожения было употреблено в теснейшем кругу Гитлера только с середины 1942 года, в то время как до этого это выражение понималось в смысле выселения евреев.

И наконец надо принять во внимание, что это поручение никогда не было приведено в исполнение и что никогда соответствующий проэкт не был пред'явлен.

H2769 - 0025

Я представляю на Ваше рассмотрение вопрос о том могут ли вышеупомянутые соображения привести к смягчению приговора о котором я просил или к перемене способа приведения в исполнение.

За подсудимого Геринга

Защитник

/Подпись/ Д-р Отто Штамер

/ Д-р Отто Штамер/

УДОСТОВЕРЕНИЕ.

Я, Др. Франк Эсторкин, настоящим удостоверяю, что я вполне владею немецким и русским языками, и, что настоящее является точным и верным переводом оригинального документа.

8-го октября 1946 г.

Др. Франк Эсторкин
Военное Удостоверение № 18784.

CERTIFICATE OF TRANSLATION.

I, Dr. Frank Esterkin, hereby certify that I am thoroughly conversant with the German and Russian languages; and that the above is a true and correct translation of the original document.

8 October 1946

Dr. Frank Esterkin
U.S.E. Permit No. 18784.

H-2769

Goering - Clemency

Clemency Plea
Goering

H2769 - 0026